

## „SEGEN UND FLUCH ZUGLEICH“

**WELTENBÜRGER** sprach mit dem Europa-Abgeordneten Axel Voss, Koordinator und rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, über digitale Gesellschaften, Digitalisierung und über deren konstruktive Mitgestaltung und Regulierung.

**Frage:** Zunehmend zeigen sich negative Auswüchse der Digitalisierung. Desinformation, Fake News, Hate Speech und Populismus oder das Sozialkreditsystem in China sind ohne Digitalisierung in diesem Ausmaß kaum denkbar. Gefährdet die Digitalisierung die Demokratie?

**Voss:** Diese sehr negativen, ja fatalen, Auswüchse gehen in diesem Ausmaß an die Grundfesten der Demokratie heran. Momentan reagieren die demokratischen Strukturen zu behäbig auf die Schnelligkeit der Entwicklung des Internets und der Digitalisierung. Fake News bergen aus meiner Sicht große Gefahren durch die Manipulationsmöglichkeiten, die sich daraus ergeben. Ebenso gefährlich ist die Entwicklung von Wählerprofilen, die Rückschlüsse zulassen, wer wen wählt oder unterstützt, und darauf aufbauende Manipulation. Dies kann das ganze System nachhaltig belasten, wenn wir nicht aufpassen und etwas dagegen unternehmen.

**Frage:** Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier forderte jüngst eine „Ethik der Digitalisierung“, da sich Zukunftsangst nicht in Demokratieskepsis verwandeln dürfe. Haben Werte in der digitalen Welt denn überhaupt Platz?

**Voss:** Als Gesetzgeber müssen wir bestimmte Werte versuchen aufrechtzuerhalten. Dies erscheint schwierig. Man muss aber, gerade weil es so einen rasanten Wandel im ganzen technologischen Sektor gibt, oftmals mehr mit Prinzipien arbeiten. Der Gesetzgeber muss umdenken, damit wir eine grobe Linie, eine Richtung vorgeben können. Wir dürfen uns nicht immer allzu sehr im Detail verlieren. Ethische Grundsätze mö-



Foto: axel.voss-europa.de

gen vielleicht noch in Europa Sinn und Wert haben. Aber etwa in China werden ganz andere Ziele verfolgt, die sich nicht von ethischen Grundsätzen leiten lassen.

So wichtig ethische Grundsätze auch sind, wenn wir versuchen alles zu kontrollieren, auf alten Grundsätzen beharren und nicht die digitale Welt als solche berücksichtigen, werden wir nicht vorankommen. Wir müssen lernen, Grundsätze, die wir lange Zeit für richtig erachtet haben, einer digitalen Welt anzupassen. Nehmen wir als Beispiel den Datenschutz. Die Prinzipien der 80er Jahre auch heute noch völlig unverändert in der digitalen Welt anzuwenden, führt genau zum entgegengesetzten Ergebnis. Es ist ein Irrglaube, die Einwilligungen, die überall eingefordert werden, führten dazu, dass wir selbstbestimmt über unsere Daten entscheiden und wissen, was damit gemacht wird. Grundsätzlich ist es aber natürlich richtig, unsere ethischen Grundsätze zu halten, diese dann aber auch entsprechend anzupassen.

**Frage:** Welche Bedingungen brauchen resiliente und demokratisch stabile, digitale Gesellschaften?

**Voss:** Wir brauchen zuerst überhaupt ein Verständnis dieser digitalen Welt und was alles möglich ist. Dieses Wissen findet sich auf der politischen Entscheidungsebene nicht unbedingt. Diejenigen, die in dieser digitalen Welt verwurzelt sind, sind uns meilenweit voraus. Zudem bedarf es, wie gesagt, auch der Bereitschaft zur Veränderung. Auch das ist meinem Empfinden nach derzeit nicht immer der Fall. Ansonsten braucht man natürlich Durchsetzungsfähigkeit. Die Einhaltung der Leitlinien muss technisch überprüfbar und gegebenenfalls mit Sanktionen belegt sein.

Vereinfacht gesagt, braucht man den politischen Willen und die politische Vorstellungskraft, das Durchdringen der digitalen Möglichkeiten und das entsprechende Know-how zur Kontrolle.

**Frage:** Lässt sich die digitale Welt, die letztlich eine globale Welt ist, mit Gesetzen regulieren?

**Voss:** Sie lässt sich zumindest nicht mehr in herkömmlicher Art und Weise stark regulieren. Alternative wäre: Jedes Land schafft sich sein eigenes Internet, über das es Kontrolle hat. Aber es ist ja ein globales Medium, was eigentlich globaler Vorschriften und Vorstellungen bedürfte. Das Prinzip „Ich schaff mir meine Welt, wie sie mir gefällt“ funktioniert nicht – nicht auf nationaler und auch nicht auf europäischer Ebene. Das führt gerade in diesem globalen Medium zu Schwierigkeiten. Auch beispielsweise bei der künstlichen Intelligenz und den selbstlernenden Algorithmen brauchen wir Leitlinien. Wenn es die nicht gibt, werden diese anders entwickelt.

Wir bräuchten globale Regelungen, aber auch entsprechende Leitlinien, Werte, Grundsätze, die auch bei der weiteren Entwicklung beachtet werden müssen. Der-

... weiter von Seite 1

zeit wird versucht, alles irgendwie in nationale Regelungen zu überführen, was im Grunde nicht wirklich funktionieren kann. Aber ich sehe leider im Moment nicht, dass man gewillt ist, global zusammenzuarbeiten. Die Wertvorstellungen und Zielrichtungen sind noch zu unterschiedlich.

**Frage:** *Wie können digitale Gesellschaften konstruktiv gestaltet werden?*

**Voss:** Auch diejenigen, die ihr Heil in der digitalen Welt suchen und die Entwicklung vorantreiben, muss man davon überzeugen, dass es hier keinen Wildwuchs geben darf. Das setzt einsichtsfähige Führungskräfte voraus. Das verlagert die Dimension auf eine weitere Ebene, weil es nicht nur die Politik alleine in der Hand haben muss.

**Frage:** *Welche gesellschaftlichen Chancen und Möglichkeiten tun sich durch den digitalen Umbruch auf?*

**Voss:** Die Technologie hat viele positive Seiten, die das Leben angenehmer gestalten können. Zum Beispiel in Bezug auf Ressourcenschonung, Verkehrslenkung, optimierte Verfahrensabläufe, Einsparung von Kosten et cetera. Im Gesundheitsbereich etwa können Experten befragt werden, die ganz anderswo sitzen und dennoch zur gleichen Zeit auf das gleiche Bild schauen können. Das sind alles große Errungenschaften, die diese technologische Entwicklung hervorbringt. Aber es gibt eben durchaus die Kehrseite.

Je höher die Chancen, die sich aus der Digitalisierung ergeben, desto höher ist auch das Risiko. Das ist wie an einer Bör-

se, wenn man risikoreich spekuliert, kann man entweder extrem viel gewinnen oder alles verlieren.

Nächstes Beispiel: Digitalisierung kann etwa die Meinungsfreiheit befördern. Aber es gilt auch andersherum. Es ist Segen und Fluch zugleich.

Mit der Entwicklung wird es so weitergehen, deshalb muss viel stärker versucht werden diese Entwicklungen zu beeinflussen – auch mit den Möglichkeiten, die eine nationale oder regionale Politik hat. Wenn Europa sich immer mehr aufteilt und einzelne Länder versuchen, alles selbst zu regeln, lässt sich den großen Playern nichts entgegensetzen. Es muss ein gewisses politisches Gewicht geben. Auch deshalb brauchen wir ein gemeinsames Europa!

## MAXIMILIAN SCHREMS, DER „WEISSE RITTER“ DES DATENSCHUTZ

**M**enschen sollen zukünftig digitale Dienste nutzen können, ohne permanent Angst um ihre Daten haben zu müssen! Das ist das Credo des österreichischen Juristen Maximilian Schrems, der bekannt wurde als „David“, der den „Goliath“ Facebook in die Schranken weisen will. Der Datenschutzaktivist gründete im vergangenen Jahr den Verein Noyb, eine Abkürzung von „none of your business“, zu Deutsch „das geht dich nichts an“. Adressaten dieser Zurückweisung bzw. Zurechtweisung sind Internet-Giganten wie Facebook oder Google, denen Schrems Verletzungen des Datenschutzes vorwirft. Dagegen will die Nicht-Regierungs-Organisation (NGO) Noyb vorgehen und sich dabei die verschärften Regeln der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung zu nutze machen.

Das neue europäische Datenschutzrecht sieht bei wissentlichen Verstößen Bußgelder von bis zu 20 Millionen Euro oder vier Prozent des weltweiten Umsatzes des betroffenen Unternehmens vor. Schrems beabsichtigt, über Noyb mit Mahnungen, Beschwerden bei zuständigen Behörden, Musterverfahren und insbesondere Sammelklagen, je nachdem was am sinnvollsten erscheint, das Recht auf Datenschutz bei den sogenannten „Datenkraken“ durchzusetzen. „Datenschutz soll Zähne bekommen und nicht länger ein Papier-tiger sein“, lautet Schrems Devise.

Um Noyb überhaupt ins Leben rufen zu können, musste Schrems erst einmal Geld einsammeln. Via Crowdfunding kamen allerdings schnell mehr als 300.000 Euro zusammen,

sodass die NGO am 25. Mai 2018 operational an den Start gehen konnte, wie Noyb mitteilte – pünktlich zum In-Kraft-Treten des neuen EU-Datenschutzrechts.

Seine erste Klage gegen Facebook reichte Schrems 2011

ein. Seitdem sehen sich der österreichische Jurist und der globale Internet-Gigant immer wieder vor Gericht. Zuletzt wollte Schrems den Konzern gemeinsam mit 25.000 anderen Facebook-Nutzern aus verschiedenen Ländern in Österreich verklagen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erklärte die „Sammelklage österreichischer Prägung“ jedoch für nicht zulässig. In Schrems Heimatland sind Sammelklagen



Photo: europe-v-facebook.org

von Verbrauchern rechtens. Der EuGH legte den Begriff des Verbrauchers jedoch so eng aus, dass demnach nur der darunter fällt, der direkter Vertragspartner des jeweiligen Unternehmens ist.

Diese „Niederlage“ hält Schrems jedoch nur für eine vermeintliche, denn sein Ziel, die Datensammelwut des sozialen Netzwerks vor Gericht zu bringen, glaubt er nun auch als einzelner Kläger erreichen zu können. Und über Noyb will er künftig Betroffene vernetzen, die gegen die Internet-Giganten vorgehen möchten. Dabei soll Schrems dann die neue EU-Datenschutzgrundverordnung helfen, die es Ver-einen ermöglicht, die Rechte von Verbrauchern kollektiv einzuklagen.

# BESTIMMEN ALGORITHMEN UNSERE WIRKLICHKEIT?

**Algorithmen sind ins Gerede gekommen. Eigentlich versteht man unter dem Begriff per Definition eine Vorgehensweise bzw. eine Folge von Anweisungen, um ein Problem zu lösen. Im Alltag begegnen uns Algorithmen daher meist auch als Problemlöser, etwa in den Navigationsgeräten im Auto, wenn die kürzeste oder die landschaftlich schönste Strecke ausgesucht werden soll. Das erledigen Algorithmen ebenso wie die Auswahl des am besten passenden Partners auf Dating-Portalen. Gerade durch die geleistete Selektion von Informationen stehen Algorithmen jedoch zunehmend im Zentrum von Diskussionen über Diskriminierung, Manipulation bis hin zur möglichen Beeinflussung von Wahlergebnissen. So sollen Algorithmen im Zusammenspiel mit sogenannten Social Bots den US-Wahlkampf zugunsten von Donald Trump und die Wähler in Großbritannien in Richtung Brexit, also Austritt aus der EU, beeinflusst haben.**

**A**uch bei den Aktionen der Social Bots – das sind autonome Software-Roboter, die sich in sozialen Netzwerken wie menschliche Nutzer verhalten, indem sie liken, kommentieren oder teilen – sind Algorithmen im Spiel. Sie filtern aus erfassten Daten über das Nutzungsverhalten von Social-Media-Nutzern die passenden Adressaten für die Versendung bestimmter Botschaften durch die Roboter heraus. Dabei simulieren Social Bots automatisiert menschliches Verhalten: d. h. sie schreiben Likes, Kommentare und Mitteilungen – manchmal sogar mit Schreibfehlern oder umgangssprachlichen Formulierungen –, um den Anschein eines menschlichen Nutzers zu vervollkommen. So können diese Bots Meinungsbildung beeinflussen, wie Kritiker warnen. Denn wenn bestimmte Beiträge in den Netzwerken augenscheinlich viel

Resonanz erfahren, und sei diese auch lediglich durch Bots erzeugt, werden diese in Netzwerken wie Facebook womöglich automatisiert einer größeren Anzahl von Nutzern angezeigt.

Allein auf diesem Weg können Social Bots manipulieren, indem sie bestimmten Botschaften – auch Fake News – künstlich Sichtbarkeit und gegebenenfalls auch Zuspruch verschaffen. So lassen sich z. B. Sympathiewerte eines Politikers verbessern, politische Gegner verleumdern oder missliebige Ansichten diskriminieren, indem vielfache Zustimmung bzw. Ablehnung zu entsprechenden Botschaften vorgetäuscht wird. Durch derartige Manipulationen kann im Internet somit auch Themen eine viel größere Bedeutung verliehen werden, als diese in der Öffentlichkeit tatsächlich haben. Auch so lässt sich Stimmung machen.

Seit der jüngsten US-Wahl und der Entscheidung über den Brexit wird nun zunehmend über Einsatz und Einfluss der Social Bots diskutiert. Denn die Köpfe hinter den Programm-Robotern sollen darauf nicht unerheblichen Einfluss genommen haben. Entsprechend sahen sich die im Bundestag vertretenen Parteien vor der zurückliegenden Bundestagswahl bereits genötigt, den Einsatz von Social Bots für ihre Zwecke auszuschließen. Dennoch warnen zahlreiche Experten vor der Gefahr für die Demokratie, die von solchen „Meinungsmachern“ ausgehen kann.

Tatsache ist jedoch, dass Algorithmen als Voraussetzung für ein effektives Direkt-Marketing sowohl für Werbestrategen wie auch für Wahlkampfmanager kein Fremdwort sind. Denn mithilfe von Algorithmen lässt sich aus großen Datenmengen gezielt das passende Publikum für Botschaften und „Informationsmaterial“ auswählen, auch für politische Kandidaten oder Gruppierungen. Deshalb ist hier schon von regelrechten „Propaganda-Algorithmen“ die Rede. Sie werten Nutzerprofile im Internet

bzw. den sozialen Medien für individuell zugeschnittenes „politisches Direktmarketing“ aus, wie es Trumps Wahlkampfchef formulierte.

Doch das ist nicht die einzige Gefahr, warum die als Problemlöser konzipierten Algorithmen zu einem Problem werden können. Denn sie analysieren nicht nur das Verhalten und die Vorlieben von Netznutzern, sondern nutzen die daraus gewonnenen Erkenntnisse auch antizipativ: indem Informationen, seien sie nun werblicher, politischer oder sonstiger Art, für den jeweiligen User vortriert werden. Er bekommt somit nur das angezeigt, was sich mit seinen ihm von den Algorithmen zugeschriebenen Interessen deckt.

Man kann dies nun als eine wünschenswerte, weil zeitsparende „Personalisierung“ von Informationen ansehen. Kritiker dieser Entwicklung warnen dagegen vor dem Entstehen sogenannter „Filterblasen“, die sich bilden, wenn wir im Internet keine anderen Informationen als solche erhalten, die mit unserer eigenen Meinung und Denkweise übereinstimmen. Dann erfahren wir nämlich irgendwann nur noch das, was wir nach Einschätzung der Algorithmen sehen und glauben wollen. Und das führt dann letztlich dazu, dass wir in unserer eigenen Weltsicht gefangen sind oder im ungünstigsten Fall von entsprechend programmierten Maschinen erzeugte Trends bzw. „gefakte“ Realitäten nicht mehr hinterfragen.

Somit droht das Internet, das ursprünglich als ein Wegbereiter von Demokratie gelten und Meinungs- sowie Informationsfreiheit den Weg bereiten sollte, von Maschinen bestimmt zu werden. Selten sei die Beeinflussung von Meinungen und „Weltanschauungen“ so leicht gewesen wie heute, warnen Kritiker.

## EINE REGION AM ABGRUND?

„Die Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten und die Auswirkungen auf Europa“ lautete der Titel des 7. Nahost-Talks von GSI und der Deutschen Initiative für den Nahen Osten (DINO). In der Diskussion am Donnerstag, 17. Mai, im GSI stand insbesondere der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran im Mittelpunkt. Auch die Interessen der USA im Nahen Osten und die Rolle der Vereinten Nationen wurden kontrovers diskutiert.

Den Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien schätzte das Panel einhellig als sehr gefährlich ein. Susanne Koelbl, Auslandsreporterin des SPIEGEL, erklärte, dass viele der Protagonisten im Nahen Osten nur wenig Interesse an einer Lösung der anhaltenden Auseinandersetzungen hätten. Dr. Gunter Pleuger, früherer deutscher UNO-



v. l. n. r. Thomas Nehls, Dr. Gunter Pleuger, Loay Mudhoon, Susanne Koelbl

Botschafter, betonte, dass die Europäische Union sich stärker im Nahen Osten einbringen müsse. Gleichzeitig könne die EU nicht ohne die Vereinten Nationen handeln, so Pleuger. „Wir brauchen die UNO, die als einzige globale Organisation globale Probleme angehen kann.“

Loay Mudhoon, Nahost-Experte bei der Deutschen Welle, sah in der aktuellen Situation durchaus Potenzial für eine krie-

gerische Auseinandersetzung. Insbesondere US-Präsident Trump habe mit seiner Radikalität stark dazu beigetragen, dass die Region derzeit am Abgrund stehe, sagte Mudhoon.

Die Lage in der Region, so das Fazit des siebten Nahost-Talks, biete zurzeit wenig Anlass zu Optimismus. Umso mehr sei es wichtig, den Dialog fortzusetzen. Für den 22. November 2018 ist deshalb der achte Nahost-Talk eingeplant.

## „OHNE DIFFERENZIERTE BERICHTERSTATTUNG KEINE EUROPÄISCHE ZIVILGESELLSCHAFT“

Auf Einladung des GSI haben Medienmacher aus Frankreich und der Bundesrepublik – darunter Preisträgerinnen und Preisträger des Deutsch-Französischen Journalistenpreis (DFJP) – am 24. April im GSI über die Rolle der Medien in Europa diskutiert.

Der Intendant des Saarländischen Rundfunks, Professor Thomas Kleist, bekräftigte in seiner Keynote seine Forderung nach der Schaffung eines europäischen Kommunikationsraumes unter anderem mittels des Aufbaus einer eigenen europäischen digitalen Plattform – und zwar als Ergänzung zu den internationalen Plattformbetreibern, den sogenannten GAFAs (Google, Amazon, Facebook, Apple).



Professor Thomas Kleist

In drei Panels ging es anschließend um die Französisch-Deutsche Berichterstattung, interaktive Formate und die Rolle der Medien beim „Traum einer Europäischen Identität“. Auf den Panels waren sowohl Preisträger des Deutsch-Französischen Journalisten-

preises vertreten, als auch Akteure der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus Politik und Kultur. Zum Abschluss der von Patrick H. Leusch, Head European Affairs der Deutschen Welle, moderierten Tagung zeigte Susanne Wittek ihren 2017 mit dem Deutsch-Französischen Journalistenpreis ausgezeichneten Film „Stille Retter“.

Partner der Tagung waren der Deutsch-Französische Journalistenpreis, das Institut français Bonn, die Deutsche Welle, die Deutsch-Französische Hochschule und das Deutsch-Französische Jugendwerk. Eine Fortsetzung ist in Vorbereitung.

## URKUNDE FÜR UMWELTBEWUSSTES UND NACHHALTIGES HANDELN

Das Gustav-Stresemann-Institut hat sein Ergebnis im „DEHOGA Umweltcheck“ für umweltbewusstes und nachhaltiges Handeln im Gastgewerbe weiter verbessert. Die neue Urkunde mit der Auszeichnung SILBER wurde jetzt von Olaf Offers, Ehrenpräsident DEHOGA Nord-

rhein-Westfalen e.V., und Mathias Johnen, stellvertretender Geschäftsführer des Kölner Regionalbüros des Dehoga-Landesverbandes, an GSI-Direktor Dr. Ansgar Burghof überreicht. Im vergangenen Jahr war der Check insgesamt noch mit BRONZE abgeschlossen worden.

### IMPRESSUM

Herausgegeben vom  
Gustav-Stresemann-Institut e.V.

V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof

Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0

E-Mail: [weltenbuerger@gsi-bonn.de](mailto:weltenbuerger@gsi-bonn.de)

[www.gsi-bonn.de](http://www.gsi-bonn.de)

Langer Grabenweg 68,  
53175 Bonn - Bad Godesberg,  
Germany